

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXII/76

Bad Godesberg, den 21. April 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>"Geordnetes Nebeneinander"</u>	65

Der andere Teil Deutschlands und die Bundesrepublik

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

2	<u>Die SED weicht aus</u>	24
---	---------------------------	----

Zur Reaktion auf die Bonner Angebote

3	<u>Was not tut</u>	32
---	--------------------	----

Die Zukunft nicht verlieren

Von F. G. Ritzel

4	<u>Ein Auto für den Bergmann ?</u>	48
---	------------------------------------	----

Kritik einer Kritik

Von Erits Büttner, MdB

5 - 6	<u>Tschechoslowakei übt jetzt "Marktwirtschaft"</u>	68
-------	---	----

Kan spricht vom 13. Monatsgehalt - Belohnung in Aussicht gestellt

Von Igor Valentin, Prag

Bitte beachten Sie unsere neue Anschrift :

532 Bad Godesberg, Kölnerstraße 108-112, Vorwärtshaus  
Telefon: 76617 / 76618 - Telex: NWVD 0885603

"Geordnetes Nebeneinander"

Der andere Teil Deutschlands und die Bundesrepublik

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

Seit der Übernahme des Gesamtdeutschen Ministeriums durch Herbert Wehner hat eine neue Phase der Deutschlandpolitik begonnen. Statt der Ära des lauten Denkens und des fehlenden Mutes zum Handeln unter seinem Amtsvorgänger hat mit Wehner die Zeit der Aktion begonnen. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß es ihm nicht darum geht, billige Prestigerfolge gegenüber dem Pankower Regime zu erreichen oder es gar zu demütigen: Wehner versucht mit seinen Vorschlägen und Ideen Brücken zum anderen Teil Deutschlands zu schlagen, die den dortigen Machthabern die Preisgabe starrer Positionen ermöglichen sollen, ohne daß sie dabei jegliches Gesicht verlieren.

Diese Überlegungen sprechen deutlich aus dem "Offenen Brief an die Delegierten des VII. Parteikongresses der SED". In seinem Schlußabsatz wird auf die zehn Punkte in Ulbrichts Neujahrsansprache Bezug genommen. Es wird für beide Seiten gesagt, daß keine der anderen unzumutbare Vorbedingungen stellen darf. In diesem Satz liegt eine eindeutige Absage an die in letzter Zeit immer wieder mehr inoffiziell als offiziell aus Pankow vorgetragene Forderung, eine Neuzusammenführung der getrennten Teile Deutschlands könne nur unter kommunistischen Vorzeichen erfolgen. Der Satz will aber in gleicher Weise zum Ausdruck bringen, daß man das Regime im anderen Teil Deutschlands als eine politische Realität ansieht, die man in der gesamtdeutschen Politik in Rechnung stellen muß.

Diese Passagen des "Offenen Briefes" der SPD geben gewissermaßen die politische Interpretation zu den Vorschlägen, die der Bundeskanzler vor dem Deutschen Bundestag gemacht hat. Kiesinger hat sich bewußt darauf beschränkt, die rein menschlichen Dinge und den Friedenswillen der Bundesrepublik in den Mittelpunkt seiner Darlegungen zu stellen. Er hat seine Erklärung an niemanden adressiert, aber die Kombination von Regierungserklärung und "Offenem Brief" macht deutlich, daß er zwar nicht von Regierung zu Regierung reden will, aber doch Pankow klar machen möchte, für wie notwendig er ein geordnetes Nebeneinander beider Teile Deutschlands hält.

Kiesinger ist damit der Linie Herbert Wehners gefolgt, der schon seit langem erkennen ließ, daß er dieses geordnete Nebeneinander als Vorstufe für das deutsche Miteinander für unerlässlich ansieht.

Das ist ein sehr weitgehendes Entgegenkommen, an dem sich die Delegierten des SED-Parteitages nicht vorbeibewegen können. Hält man in Pankow weiter an dem bisherigen eisenharten Kurs fest und will ihn sogar noch verschärfen, wie aus dem Verlauf des Parteitages hervorgeht, kann es leicht geschehen, daß das Pankower Regime die Problematik seiner Stellung innerhalb des Ostblocks noch mehr belastet. Es wird trotz aller gegenseitigen Beistandspakte als Scharfmacher empfunden werden, der immer wieder die nationalen Eigeninteressen der anderen Partnerstaaten gefährdet. Man wird es der Pankower Regierung auf die Dauer auch nicht als Pluspunkt buchen, wenn sie durch ihre Politik Moskau immer wieder Anlaß gibt, Druck auf die anderen Partnerstaaten auszu-

Üben. Ulbricht und die Regierung in Ostberlin werden darum in ihrer Agitation mit Worten die Friedensliebe der Bundesrepublik nicht ewig in Frage stellen können, wenn diese durch ihre Taten allmählich auch immer mehr Kreise innerhalb der Ostblockstaaten von ihrem guten Willen überzeugt.

Diese Politik der Taten hilft Deutschland auch in anderer Hinsicht. Moskau hat in den letzten Jahren die deutsche Frage sehr geschickt dazu genutzt, die Meinungsverschiedenheiten in der westlichen Welt zu vertiefen. Wir müssen dem Kreml durch unsere Politik verdeutlichen, daß die deutsche Frage dafür kein brauchbares Element ist. Damit würden wir sowohl der westlichen Welt als auch der Sowjetunion einen Dienst leisten. Die deutsche Frage kann auf die Dauer nur gelöst werden, wenn sie entdramatisiert wird. Das heißt, wir müssen in sauberer Kleinkärnerarbeit bemüht sein, aus der Ecksteinrolle, an der sich alles reibt, herauszukommen und in die Pfeiler- und Brückenrolle eines Weltfriedensgebäudes hineinzuwachsen, in das sich ein wiedervereinigtes Deutschland nahtlos einfügt!

+ + +  
Die SED weicht aus

Zur Reaktion auf die Bonner Angebote

sp - Die Stellungnahme des VII. SED-Parteitag zu dem Brief des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und zu der Bundestagserklärung des Bundeskanzlers weicht einer konkreten Antwort auf die Bonner Vorschläge aus. Der Ton der EntschlieÙung entspricht den Reden, die bereits vorher auf dem Parteitag gehalten worden waren und für die Ulbricht selbst den Auftakt gegeben hatte. Die SED, die sich in Briefen an die deutsche Arbeiterklasse, an die Mitglieder der SPD sowie an die Mitglieder und Anhänger der CDU/CSU wenden will, hat in ihrer EntschlieÙung erneut den Stand deutlich gemacht, zu dem sie ihre Forderungen bisher schon eskaliert hat. Insofern enthält die EntschlieÙung kein einziges neues Wort. Es kann jetzt als sicher angesehen werden, daß der SED-Parteitag in dieser Position verharren will.

Die Bundesregierung Kiesinger-Brandt und mit ihr die westdeutschen Parteien werden dennoch ihr Bemühen unbeirrt fortsetzen müssen, durch unermüdlische Darlegung ihrer unveränderten Bereitschaft, die deutschen Probleme zu entkrampfen und damit die Lage in Europa zu entspannen und den Frieden zu sichern. Das von Ostberlin aus verdüsterte Klima gilt es wieder aufzuhellen. Der sich ständig verstärkende internationale Trend zur West-Ost-Entspannung gerade in Europa gibt der Bundesregierung dabei erhebliche Rückenstärkung und ihrer Vorwärts-Politik nützliche Chancen. Dieses Flus muß von Bonn aus mit Initiative, Aktivität und Flexibilität geschickt und zielstrebig ausgebaut werden, damit die jetzt in Gang gesetzte Bewegung nicht wieder ins Stocken gerät.

Was not tut

Die Zukunft nicht verlieren

Von H. G. Ritzel

Die Wirtschafts- und Finanzlage in der Bundesrepublik zwingt zu entscheidenden Maßnahmen, die, soweit sie steuerpolitischer Natur sein werden, Härten mit sich bringen werden. Wenn wir die frühere starke wirtschaftliche Position zurückgewinnen und auf dem erhofften Stand erhalten wollen, dann wird es nicht ohne Opfer abgehen. Dabei muß ausschlaggebend die Erkenntnis sein, daß es besser ist, jetzt ein erträgliches Opfer zu bringen, statt die Zukunft zu verlieren. Trotzdem aber gibt es Aufgabenbereiche, die keine Schmälerung erfahren dürfen. Dazu gehören vor allem die ungestörte, möglichst zu steigernde Förderung von Forschung und Wissenschaft.

Wenn die Bundesrepublik auf diesen Gebieten nicht aufs Altenteil geraten soll, darf sie den Anschluß nicht verlieren und sie muß ihn sichern, soweit er bereits verloren ist oder mindestens in dieser Richtung Gefahr besteht.

Diese Feststellung bezieht sich nicht nur auf die Forschung innerhalb Deutschlands, sondern auch auf die internationale Zusammenarbeit, deren Ergebnis der deutschen Wirtschaft entscheidend zugute kommen wird. Die gleiche Forderung gilt auch einer Überprüfung der bisherigen Haushaltspraxis auf dem Gebiete der Arbeitssicherung des Bundespatentamtes.

Ich erinnere mich, daß vor Jahren die Mehrheit im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages dem Patentamt in München die notwendigen Stellenbewilligung aus völlig falscher Einstellung verweigert hat, die zur Beschleunigung der Patenterteilung notwendig gewesen wären. Einige Zeit später trat eine kleine Änderung durch ein positives Gutachten des Bundesrechnungshofes ein: Das Patentamt erhielt mehr Mitarbeiter. Aber auch heute noch ist die Prüfung der Patentanmeldungen und die Erteilung der Patente so im Verzug, daß die Zahl der Lizenzabschlüsse zu Gunsten ausländischer Patente ständig steigt und die ehemalige starke Stellung bei der Verwertung deutscher Patente ernstlich erschüttert ist. Hier muß, wenn weiterer Schaden abgewehrt werden soll, bald gehandelt werden.

## Ein Auto für den Bergmann ?

### Kritik einer Kritik

Von Fritz Büttner, MdB

In einer süddeutschen Zeitung stand zum Thema des Tages ein Artikel "Ein Auto für den Bergmann". Im ersten Absatz war zu lesen:

- \* "Für niemanden wird so viel getan, wie für den Bergarbeiter.
- \* Muß er seinen Arbeitsplatz wechseln, weil die Zeche schließen
- \* muß, gibt es betriebliche Sozialpläne, gesetzliche Sicherung
- \* des Wohnrechts und der sehr niedrigen Mieten, staatliche Anpassungsbeihilfen und Garantien für 90 Prozent des alten Lohnes
- \* auf zwei Jahre, und nicht zuletzt auch ab dem 55. Lebensjahr
- \* ganz erheblich über dem Durchschnitt liegende Renten. Den Steuerzahler kostet das schon jetzt weit über zwei Milliarden DM
- \* im Jahr. Dennoch sollen ausscheidende Bergarbeiter jetzt auch
- \* noch 4.000 bis 5.000 DM Abfindung bekommen, was flott in die Parole umgesetzt würde: "Einen VW für jeden Kumpel."

Ich glaube, daß der Verfasser sich über seinen Artikel keine Gedanken gemacht hat, zumindest ist er sich über die tatsächlichen Verhältnisse nicht im klaren. Der Steuerzahler bezahlt die mangelnden Vorstellungen und Planungen der alten Regierung. Professor Dr. Ludwig Erhard ist es gewesen, der den Bergleuten im Ruhrgebiet, ohne sich Gedanken zu machen, einen Kohleabsatz von 140 Millionen t pro Jahr versprochen hat. Wenn die Renten der Bergleute angegriffen werden, dann hat der Artikelschreiber nicht bedacht, daß die Beiträge zur knappschaftlichen Rentenversicherung 9,5 Prozent höher als in der Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung sind. Sie betragen nämlich 23,5 Prozent, während sie in den vorgenannten Versicherungen 14 Prozent betragen. Der Artikelschreiber hat auch nicht daran gedacht, daß neun Zehntel der von den Knappschaften festgesetzten Renten auf einer Wanderversicherung beruhen, d.h. wenn in der knappschaftlichen Rentenversicherung die Wartezeit von 60 Beitragsmonaten erfüllt ist, ist die Knappschaft für die Rentenfestsetzung und laufende Zahlung der Renten zuständig. Genauso wie die knappschaftliche Rentenversicherung sind auch die anderen Versicherungsträger durch Inflation, Fremdleistungen auf gesetzlicher Basis, Kriegsfolgelasten und Unfallgeschehen belastet. Es scheint dem Artikelschreiber auch unbekannt zu sein, daß in den Nachkriegsjahren jährlich 1 500 bis 1 600 Bergleute an der schwersten Berufskrankheit, der Silikose, gestorben sind und daß seit 1946 weiter über 80 000 Bergleute an einer entschädigungspflichtigen Silikose erkrankt sind.

Der Verfasser würde auch einmal gut daran tun, sich Gedanken darüber zu machen, daß bei Zechenstillegungen der überwiegende Teil der entlassenen Bergleute für eine Umschulung nicht mehr in Frage kommt, weil sie körperlich verschlissen sind. Daß für den Bergmann für den Fall der Entlassung Sozialmaßnahmen ergriffen werden, darauf hat er nicht nur ein Recht, sondern es ist eine Pflicht für die Allgemeinheit, für die Menschen einzutreten, die durch ihren Fleiß nach dem Zusammenbruch die Voraussetzungen für den Wiederaufbau geschaffen haben. Ich finde, daß man über die konzertierte Kohleaktion nicht lächeln und ironische Bemerkungen machen sollte, im Gegenteil, man sollte dafür eintreten und alle Maßnahmen fördern, die den Kohleabsatz sicherstellen.

Tschechoslowakei übt jetzt "Marktwirtschaft"

Man spricht vom 13. Monatsgehalt - Belohnungen in Aussicht gestellt

Von Igor Valentin, Prag

Die Einführung des neuen Wirtschaftssystems in der Tschechoslowakei hat den Zeitungen die Aufgabe beschert, ihren Lesern klarzumachen, welche Fortschritte gegenüber dem früheren System mit seiner, wie es jetzt heißt, "ungesunden Gleichmacherei" zu verzeichnen sind. Allerdings kann man sich nicht wundern, daß die Werktätigen vieles von dem nicht verstehen, was "besser und vernünftiger" geworden ist, weil die Zeitungen sich bisher zumeist damit befassen, mehr Propaganda als tatsächliche Aufklärung zu betreiben. Jetzt hat das allgemeine Gerede in den Betrieben über das "13. Monatsgehalt" dazu geführt, daß man endlich in der Prager "Volkszeitung" nachlesen konnte, wie ein Betrieb heute in der Tschechoslowakei zu wirtschaften hat und wie die Arbeiter und Angestellten an einem eventuellen Reingewinn beteiligt sind. Man kann daraus auch Rückschlüsse auf eine ähnliche Entwicklung in anderen Ostblockstaaten ziehen.

Nach der "Volkszeitung" ist es bereits als bekannt vorauszusetzen, daß die Arbeit eines Betriebes in der CSSR nach seinen Einkünften gemessen wird. Der einstmals allmächtige Plan ist somit stark in den Hintergrund getreten, die Betriebe haben in erster Linie produktiv zu arbeiten, die Gestehungskosten zu senken und vor allem das zu produzieren, was gefragt ist. Trifft dies alles zu, so werden sich laut "Volkszeitung" auch die entsprechenden Einkünfte einstellen. Von diesen Einkünften hat der Betrieb zuerst die Kosten für Rohstoffe, Material, Energie, Abschreibungen und Transport abzuziehen, um so das Bruttoeinkommen zu errechnen. Auch weiterhin geht es zu, wie sonst überall in der Wirtschaft: Vom Bruttoeinkommen sind "pflichtgemäß" feste Abgaben zu entrichten, - so eine "Art Umsatzsteuer" an das Staatsbudget, die Zinsen für den Wert des aus Gebäuden, Maschinen und der sonstigen Einrichtung bestehenden Grundfonds (das ist neu!), ferner die Zinsen für die Bankkredite, die Raten für die Investitionsdarlehen, die Strafgelder sowie die Zuwendung an die verschiedenen Fonds (für technische Entwicklung, für soziale und

kulturelle Zwecke, für eigene Investitionen und auch für einen Reservefonds).

Das alles ist für die Werktätigen sicherlich nicht so interessant (obwohl ihr Betrieb nach so vielen Jahren "gemeinsamer erfolgreicher Wirtschaft" plötzlich zu einem "Eigendasein" gezwungen ist), wie die nun folgende Feststellung der "Volkszeitung":

- \* "Was dann verbleibt, geht in den Fonds der Werktätigen. Aus ihm werden bezahlt: Löhne und Gehälter, Prämien und Belohnungen, Kollektive und Einzelpersonen für gute Leistungen und schließlich die Anteile an den Wirtschaftsergebnissen (manchmal auch Reinertrag genannt)".

Um diesen "Reinertrag" geht es, wenn jetzt in den Betrieben vom 13. Monatsgehalt die Rede ist. Warum es darüber Debatten gibt, ist einfach zu erklären. Betriebsleitungen und Gewerkschaftsorganisationen (in den Betrieben) hatten über diese Anteile zu entscheiden - "nach Arbeitsverdienst, Werkstreue und Disziplin". Eines wurde ihnen dabei ans Herz gelegt:

- \* "Sie mögen nicht die einzigartige Gelegenheit verpassen, die ihnen die Verteilung gibt, um zumindest zum Teil die ungesunde Gleichmacherei zu überwinden".

Sie konnten ein 13. Monatsgehalt auszahlen oder nur einen 53. Wochenlohn oder auch gar nichts. Die Mehrzahl der Betriebe hatte Ende 1966 etwas zu verteilen: Vor Weihnachten wurden 800 Millionen Kronen Anzahlung geleistet, nach den Abschlüssen kam der Rest von etwa 534 Millionen Kronen.

Ob das viel oder wenig ist und wieviel im Durchschnitt auf den einzelnen entfiel - darüber zerbrechen sich jetzt die Werktätigen die Köpfe. Jedenfalls hat man in vielen Betrieben, wie man es von früher gewohnt war, "wenn es etwas zu verteilen gab", allen die gleiche Summe gegeben, eben eine Art "13. Monatsgehalt". Das war aber nicht richtig. Dazu die "Volkszeitung": "Der Anteil an den Wirtschaftsergebnissen soll als Instrument des persönlichen materiellen Interesses wirken und so zur Wirtschaftsentwicklung beitragen". Er soll eine "Belohnung" sein, abgestuft nach der Leistung. Wie gesagt, die "ungesunde Gleichmacherei" soll endlich abgeschafft werden. Wann wird es da wohl wieder die früher so verhassten "Akkordlöhne" geben?